

**Etatrede
der Stadtkämmerin
Doris Abel
zur Einbringung des
Haushaltsplanentwurfes 2022
in der Sitzung des
Rates der Stadt Haan
am 02. November 2021**

es gilt das gesprochene Wort



Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Ratsmitglieder,
sehr geehrtes Publikum,

Die Bürgermeisterin hat immer das Privileg, die schönen Seiten des Haushaltes herauszustellen und die Kämmerin klärt dann zu den nackten Tatsachen auf.

Corona

Sowohl im letzten als auch in diesem Jahr wurde die Wirtschaft von der Pandemie bzw. den Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie bestimmt. In 2020 folgte einer Vollbremsung im März ein halbwegs normaler Sommer und alle dachten, der Schrecken ist vorbei. Wirtschaftsminister Altmaier kreierte den Haken als Symbol für die V-förmige Erholung der Wirtschaft, doch daraus wurde nichts, denn im November folgt der zweite Lockdown. Bis weit in dieses Jahr hinein. Dann kam auch noch Rohstoffknappheit und Materialmangel in einem bislang nicht vorstellbaren Ausmaß hinzu, weil die Lieferketten abgerissen sind. Und jetzt: stark steigende Energiepreise. Die Belastungen sind enorm, dennoch wird weiterhin von einer starken Erholung im nächsten Jahr ausgegangen.

Jedes andere - nicht ganz so positive - Szenario wäre für uns auch nicht mehr zu stemmen.

Bislang sind wir mit zwei blauen Augen durch die Krise gekommen. Im letzten Jahr war es neben den Bundes- und Landeshilfen auch die Bilanzierungshilfe, die unseren Haushalt gerettet hat und in diesem Jahr konnten wir bislang von der Abrechnung der Gewerbesteuer für das wirtschaftlich sehr starke Jahr 2019 erheblich profitieren. Beides Ereignisse, die wir für 2022 nicht mehr erwarten können.

Wir kommen aus einer langen Phase der Haushaltssicherung mit erheblichen Unterdeckungen in den Jahren 2009 bis 2016, konnten aber zum Glück seit 2017 eine Ausgleichsrücklage aufbauen, die wir jetzt wieder vollständig werden einsetzen müssen, um diese Krise ohne erneute Haushaltssicherung zu meistern.

Kommen wir zu den Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2022

Im Ergebnisplan muss eine echte Unterdeckung von 9,4 Mio. Euro ausgewiesen werden, die nur durch Berücksichtigung des außerordentlichen Ertrages aus den pandemiebedingten Schäden auf -5,5 Mio. Euro vermindert werden kann. Durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage kann der Haushalt aber fiktiv ausgeglichen werden.



Da weithin Belastungen der Wirtschaft und der Privathaushalte in diesen Zeiten unangebracht sind, haben wir uns darauf verständigt, die Hebesätze der Grund- und der Gewerbesteuer im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2025 konstant zu halten.

Im Finanzplan zeigt sich, dass die Unterdeckung zu erheblichen Einnahmeausfällen führt. Um zahlungsfähig zu bleiben müssen wir Kassenkredite aufnehmen.

Die Bürgermeisterin hatte es bereits erwähnt, wir schränken auch 2022 die Investitionstätigkeit bewusst nicht ein und stellen weitere 22,1 Mio. Euro bereit.

Zur Finanzierung sind neben Fördermitteln Kreditaufnahmen von 16,7 Mio. Euro vorgesehen.

Schauen wir uns die Entwicklung etwas genauer an:

Trotz steigender Steuern sinken die Erträge um 0,7 Mio. Euro, während gleichzeitig die Aufwendungen um 2,0 Mio. Euro steigen. Im ordentlichen Ergebnis haben wir damit noch einmal eine Haushaltsverschlechterung von 2,8 Mio. Euro gegenüber 2021 zu verkraften. Wir setzten große Hoffnung darauf, dass die Stadtwerke weiterhin gute Geschäfte machen und den Gewinn vollständig abführen, so dass das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit dann bei – 9,35 Mio. Euro liegt.

Als einzig verbliebene Hilfe für 2022 kann jetzt der außerordentliche fiktive Ertrag ergebnisverbessernd berücksichtigt werden. Allerdings führen echte Steuermehrerträge automatisch zu geringeren außerordentlichen Erträgen. Letztlich planen wir mit einem negativen Jahresergebnis von 5,5 Mio. Euro.

Lassen Sie uns noch etwas tiefer einsteigen und die Bedingungen näher betrachten, die zu dieser Planung führen:

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Entwicklung der Erträge.

Einerseits steigen die Steuern, andererseits sinken die Zuweisungen und übrigen Erträge.

Nach den vom Land herausgegebenen Orientierungsdaten kann mit einer Steigerung der Gewerbesteuer um 4,2% gerechnet werden. Eingeplant hatten wir in diesem Jahr 29 Mio. Euro. Jetzt kommt die Sache mit dem Blauen Auge: wir erwarten rund 31 Mio. Euro aus der Abrechnung der starken Jahre 2018 und 2019 eines neuen Unternehmens. Diesen Einmaleffekt können wir jedoch nicht in die Zukunft fortschreiben, so dass die Steigerung von 4,2% auf Basis von 29 Mio. Euro erfolgt. Damit steigt die Gewerbesteuer zwar auf 30,2 Mio. Euro, liegt aber immer noch erheblich unter der Planung aus 2020 für das Jahr 2022.



Auch bei der Einkommensteuer rechnen wir auf Basis der vom Land erwarteten Beträge mit erheblichen Zuwächsen. Hier ist der Abstand zur Planung aus einer Zeit als

Corona nur eine spanische Biermarke war, aber nochmal deutlich größer als bei der Gewerbesteuer.

Seit langem ist bekannt, dass die Zuweisungen im Jahr 2022 stark sinken werden, da in 2021 letztmalig die Abrechnung für den Fonds Deutsche Einheit erfolgt. Hier konnten wir in diesem Jahr noch 2,4 Mio. Euro generieren. Gemildert wird dieser Ausfall nur durch die seit 2018 zugesagte Landeserstattung für Geduldete. Wir erhalten voraussichtlich einen Einmalbetrag in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro, der gestückelt in den Jahren 2021 bis 2024 zur Auszahlung kommt.

Und schließlich sinken die Gebührenerträge. Aber leider nicht, weil unsere Gebührensätze sinken, sondern weil wir in diesem Jahr die Auflösung der Überschüsse aus Vorjahren doppelt berücksichtigt haben.

Wenden wir uns den Aufwendungen zu:

Hier verzeichnen wir große Zuwächse bei Personal und Versorgung und auch die Sach- und Dienstleistungen legen zu, während die Kreisumlage sinkt und uns vor höheren Steigerungsraten bei den ordentlichen Aufwendungen bewahrt.

Die Personalaufwendungen liegen deutlich über dem Ansatz 2021. Neben der Übernahme der OGS an der Grundschule Gruitzen und der Rekommunalisierung des Sozialen Integrationsmanagements, die bislang als Transferaufwand bzw. Dienstleistung zu Buche schlugen, sind erstmals alle 27 im Haushalt 2021 neu geschaffenen Stellen das ganze Jahr durch zu finanzieren. Auch die gerade genannten neuen Stellen für OGS und SIM können nicht nur zeitanteilig einkalkuliert werden, sondern müssen bereits ab dem 1.1. bezahlt werden.

Weitere Stellen sind erforderlich, um u.a. den Bedarf im Rettungsdienst abzudecken, das Jugendamt besser aufzustellen und die neuen Aufgaben in Zusammenhang mit der Besteuerung der öffentlichen Hand rechtskonform umsetzen zu können.

All diese Stellen sind nur mit dem halben Jahreswert berücksichtigt.

Bei den Sach- und Dienstleistungen entfallen einerseits die Aufwendungen für's SIM, andererseits steigen die Aufwendungen u.a. für die Unterhaltung der Grün- und Spielflächen, sowie insbesondere die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung. Hier wurden erhebliche zusätzliche Mittel nicht nur für Beratung und Unterstützung, sondern auch für Lizenzen, Gebühren und Wartung veranschlagt.



Bei den Transferaufwendungen müssen wir zwischen den Umlagen für fremde Haushalte und unseren originären Sozialleistungen unterscheiden.

Der Kreis hat Anfang Oktober seinen Doppelhaushalt 2022/23 eingebracht. Entsprechend der Eckdaten sinkt die auf Haan entfallende Kreisumlage um 1,9 Mio. Euro. Auch bei den Teilkreisumlagen für die Berufkollegs, die heilpädagogischen Kindergärten und die Förderschulen fällt der Anteil geringer aus, so dass insgesamt 2 Mio. Euro weniger an den Kreis abzuführen sind. Das ist jedoch nicht das Ergebnis einer sparsamen Haushaltsführung des Kreises, sondern den stark verminderten Gewerbesteuererinzahlungen der Stadt Haan geschuldet. Im letzten Jahr konnte ich an dieser Stelle verkünden, dass wir mit 13,1% die höchste Umlagensteigerung aller Städte im Kreis zu verzeichnen hatten, während Hilden einen Rückgang um 3,6% und Ratingen sogar um 9,5% verkraften musste. Diese Ausfälle mussten wir letztes Jahr, zusammen mit den sieben anderen kreisangehörigen Städten, solidarisch ausgleichen. In diesem Jahr müssen andere Städte unsere Schwäche ausgleichen.

Die ans Land abzuführende Gewerbesteuerumlage steigt, da wir stark steigende Gewerbesteuern einkalkuliert haben.

Die Aufwendungen für Kita und OGS liegen zwar auf dem Niveau von 2021, zu berücksichtigen ist aber, dass durch die Übernahme der OGS Gruiten rd. 290 T€ nicht mehr als Transferaufwand anfallen. Hier werden die Einsparungen somit vollständig durch Mehraufwendungen aufgezehrt.

Und bei den sonstigen Transferleistungen fehlt die Soforthilfe im Umfang von 300 T€.

Finanzplan

Kommen wir zum Finanzplan, der die finanzielle Misere schonungslos aufdeckt:

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist negativ! D.h., wir müssen hier bereits Kassenkredite aufnehmen, um das laufende Geschäft abbilden zu können. Und auch die Tilgung der Investitionskredite kann nur aus Kassenkrediten kommen!

Trotzdem planen wir erhebliche Investitionen, um zukünftig gut aufgestellt zu sein. Es muss allerdings klar sein, dass wir am Anschlag sind. Neue Vorhaben sollten daher zunächst intensiv vorbereitet werden, bevor sie mit Haushaltsmitteln hinterlegt werden.

Ausblick auf den Finanzplanungszeitraum bis 2025

Wie sich die Wirtschaft tatsächlich entwickelt ist ungewiss. Die Planung im Zeitraum bis 2025 erfolgt daher unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes: Danach erwarten wir trotz stark steigender Erträge kein positives Ergebnis aus laufender



Verwaltungstätigkeit. In der Summe beläuft sich das erwartete Defizit auf 11,3 Mio. €. Mit der Planung 2022 darf hier letztmalig ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von insgesamt 6,3 Mio. € eingerechnet werden, so dass es gelingt, in 2025 einen kleinen Jahresüberschuss ausweisen zu können.

Bis 2025 erwarten wir einen finanziellen Schaden aus der Corona Pandemie in Höhe von 27,7 Mio. €. Dem Schaden können wir maximal 16,9 Mio. € an außerordentlichen Erträgen gegenüberstellen, so dass das Eigenkapital zunächst um 10,8 Mio. € reduziert wird. In 2024 wird der Rat dann entscheiden müssen, wie mit den aufgelaufenen außerordentlichen Erträgen umgegangen wird. Abschreibung ohne Belastung des Haushaltes in 2025 vollständig direkt gegen das Eigenkapital oder mit Belastung des Haushaltes über bis zu 50 Jahre.

Wir auch immer: wir werden bis dahin die Reserven aus der Ausgleichsrücklage vollständig verbraucht haben und schon wieder in die Allgemeine Rücklage greifen müssen.

Der bisherigen Praxis, die Haushaltsplanberatungen dafür zu nutzen, noch mal schnell neue kostenträchtige Ideen in den Haushalt aufzunehmen, muss ich daher eine deutliche Absage erteilen. Die Luft ist raus. Nach den ersten Proberechnungen zum Haushalt 2022 hat die gesamte Verwaltung erhebliche Einsparungen bei den Mittelanmeldungen vornehmen müssen, um das Ziel eines genehmigungsfreien Haushaltes 2022 und Vermeidung eines HSK bis 2025 erreichen zu können. Um das erreichte Ziel nicht wieder zu gefährden, wird die Kämmerei folgerichtig weder von der Verwaltung noch von der Politik Veränderungsanträge aufnehmen können, die nicht gegenfinanziert sind.

Chancen und Risiken

Nach diesen mahnenden Worten lassen Sie mich zum Schluss noch kurz die Chancen und Risiken skizzieren.

Chancen:

In erster Linie ist das die weitere Entwicklung, die der Technologiepark nimmt. Die Ansiedlung starker Unternehmen hat uns bisher gut durch die Krise kommen lassen und sichert hohe Gewerbesteuererträge.

Die Modernisierung und Digitalisierung der Bildungslandschaft, damit moderne Gebäude und eine zeitgerechte Medienausstattung zum Bildungserfolg unserer Kinder beitragen können.



Der Breitbandausbau und die Digitalisierung. Im Frühjahr soll's endlich losgehen mit dem Ausbau der Glasfaserleitungen. Er ist Voraussetzung für die vielen erforderlichen Schritte hin zu digitalen und schnellen Prozessen.

Der Rathausneubau mit VHS ist dringend erforderlich. Die alten Gebäude können technisch nicht mehr aufgerüstet werden und verursachen dauerhaft unverhältnismäßig hohe Instandhaltungs- und Betriebskosten.

Und letztlich das Bürgerhausareal. Hier bietet sich die Chance vielfältige Wohnformen, insbesondere aber auch öffentlich geförderten und preisgedämpften Wohnraum zu verwirklichen.

Risiken:

Als Risiko ganz oben steht für mich die Erholung der Wirtschaft. An den positiven Konjunkturerwartungen hängt alles. Bleibt das Wachstum hinter den Erwartungen zurück, ergeben sich weitere Finanzschäden, deren Überwindung länger dauern wird und mehr Eigenkapital verzehrt.

Problematisch gestaltet sich weiterhin die Gewinnung geeigneter Fachkräfte. Nicht nur im Ingenieurs- und Erziehungswesen, sondern auch bei der Feuerwehr und in der Verwaltung. Hier stehen wir in direkter Konkurrenz zu den umliegenden Städten und müssen daher ein attraktiver Arbeitgeber sein.

Der Abbau des Sanierungsstaus und die Umsetzung aller Baumaßnahmen hängt mittlerweile nicht mehr nur von der zügigen Stellenbesetzung im Gebäudemanagement ab, sondern jetzt auch noch von den Lieferengpässen und dem Materialmangel in der Bauwirtschaft. Darüber hinaus steigen die Kosten, je länger die Realisierung dauert. Auch wenn momentan nicht die Zinsen erschrecken, müssen die Kredite getilgt werden. Hierfür bedarf es echter jährlicher Überschüsse in Millionenhöhe.

Der Haushalt 2022 wurde von der Verwaltung nach bestem Wissen und unter Berücksichtigung der aktuellen Lage aufgestellt. Hierfür bedanke ich mich bei allen Beteiligten, aber ganz besonders bei Frau Esser und Herrn Büsselmann als Team für die Haushaltsplanung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute und konstruktive Beratungen zum Haushaltsplan, die von uns, wenn gewünscht, begleiten werden.

Doris Abel

Kämmerin der Stadt Haan